



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

2012/2092(BUD)

6.9.2012

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

für den Haushaltsausschuss

zum Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2013
– alle Einzelpläne
(2012/2092(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Enrique Guerrero Salom

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. unter Hinweis auf die Lage der öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten und in der Erwägung, dass der Haushaltsplan der Union eines der grundlegenden Instrumente zur Steuerung von Investitionen darstellt, das in Zeiten der Krise gestärkt werden müsste,
1. begrüßt die Aufstockung der Mittel für die Finanzierung der politischen Parteien und der politischen Stiftungen auf europäischer Ebene;
 2. hebt hervor, dass das Jahr 2013 dem Jahr der nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament vorausgeht und daher die Schaffung einer spezifischen Haushaltslinie zur Unterrichtung der Bürger über ihr Wahlrecht und die Bedeutung der Wahlen zum Europäischen Parlament erforderlich ist;
 3. bedauert, dass im „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ 2013 keine zusätzlichen Mittel aus dem Haushaltsplan der Union bereitgestellt wurden; ist der Ansicht, dass sich die Union in Zeiten der Krise dafür einsetzen sollte, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und sie bei der Entwicklung neuer politischer Konzepte in den Mittelpunkt ihrer Erwägungen zu stellen;
 4. bedauert, dass die in der Teilrubrik Bürgerschaft verfügbare Marge im Vergleich zu anderen Teilrubriken erneut sehr gering ausfällt und der Union somit nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, um neue Initiativen einzuleiten und auf unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren;
 5. ist der Auffassung, dass im Jahr 2013, das dem Jahr der nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament vorausgeht, dem Bereich Kommunikation besondere Bedeutung zukommt und die dem Programm „Partnerschaft für die Kommunikation über Europa“ zugewiesenen Mittel daher mindestens ebenso hoch sein sollten wie im Jahr 2012;
 6. vertritt die Ansicht, dass sich die Ausgaben des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit den Wahlen auf die sozialen Medien konzentrieren sollten, die im Hinblick auf eine Debatte der Bürgerinnen und Bürger über die Kampagne und ihre Mitwirkung daran bedeutsam sind;
 7. betont, dass seit der Einführung der Europäischen Bürgerinitiative am 1. April 2012 bereits mehrere Initiativen bei der Kommission eingegangen sind und gegebenenfalls im Jahr 2013 in einer Anhörung im Europäischen Parlament vorgestellt werden können; ist der Ansicht, dass das Europäische Parlament eine angemessene Finanzierung der möglichen Anhörungen gewährleisten muss.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	5.9.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 15 -: 2 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Carlo Casini, Andrew Duff, Ashley Fox, Enrique Guerrero Salom, Gerald Häfner, Stanimir Ilchev, Constance Le Grip, David Martin, Morten Messerschmidt, Paulo Rangel, Algirdas Saudargas, Luis Yáñez-Barnuevo García
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Zuzana Brzobohatá, Marietta Giannakou, Anneli Jäätteenmäki, Evelyn Regner, Helmut Scholz, György Schöpflin